

Sommerausgabe 2018

Einheit in schwierigen Zeiten

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

CDU und CSU haben sich endlich geeinigt und einen guten Kompromiss zur weiteren Steuerung und Ordnung der Zuwanderung getroffen. Es war auch überfällig, den Streit zu beenden und zur Sachlichkeit zurückzukehren. Ob der Stil im Umgang miteinander immer geboten war, ist fraglich.

Die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU sowie die Einheit der Union sind von überragender Bedeutung für die Stabilität unseres Landes und den Erfolg der Regierung. Es kommt am Ende auf das Umsetzen und Erfolge an. Das macht die Glaubwürdigkeit aus. Wer jedoch die Einheit von CDU und CSU oder die Handlungsfähigkeit der Regierung aufs Spiel setzt, handelt unverantwortlich.

Wir haben diskutiert und gestritten, aber: Die inhaltliche Einigung kann sich sehen lassen. Sie ist eine verantwortungsvolle und rechtlich komplexe, aber im Ergebnis kluge und auch praxistaugliche Einigung. Es wird uns gut tun, weniger durch interne Streits und wieder mehr durch Durchsetzungsfähigkeit und sachliches Arbeiten für die Bürger von uns reden zu machen.

Wir sind und bleiben eben eine Union!

Herzlichst

Mitglied des Deutschen Bundestages Bezirksvorsitzender der CSA Augsburg

Stärker über Erfolge sprechen

Wohnungsnot, zu hohe Mieten, Pflegenotstand, Digitalisierung, Fachkräftemangel und vieles mehr: Viele Bürger empfinden, dass wir uns nicht mit diesen Problemen ihres tagtäglichen Lebens, sondern nur mit Detailfragen oder im schlimmsten Fall zu sehr mit uns selbst und internen Auseinandersetzungen beschäftigen. Aber: Der Koalitionsvertrag hat gute Konzepte für die Zukunft an deren Umsetzung wir konstant arbeiten.

Am 1. Juli sind die Renten in Deutschland um gut 3% gestiegen. Diese Erhöhung liegt über der Inflation und ist damit ein echter Zugewinn für unsere Rentner. Ein Ergebnis guter wirtschaftlicher Entwicklung.

Das Baukindergeld kommt: Für den Ersterwerb von Neubau und Bestand im Zeitraum ab 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 wird Familien ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind und Jahr über einen Zeitraum von 10 Jahren gewährt. Das Baukindergeld wird flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gewährt. Zudem steigt das Kindergeld an.

Es ist legitim sich für das Entwickeln von Maßnahmen und Reformen Zeit zu nehmen. Diese aber im Anschluss gut und vor allem verständlich zu kommunizieren, liegt in unserer eigenen Verantwortung.

Eine Regierung kann nur überzeugen, wenn ihre Arbeit spürbar im Alltag der Menschen ankommt.

CSA \$ Seite 1 von 6

Arbeitnehmer von CDU und CSU fordern Einheit der Union Gemeinsame Vorstandssitzung des CDA-Bundes- und CSA-Landesvorstands









Auf einer gemeinsamen Sitzung des CDA-Bundesvorstandes und des CSA-Landesvorstandes in Wiesbaden bekräftigen die Arbeitnehmervertreter von CDU und CSU die gemeinsame Verantwortung der Union für die Menschen in Deutschland.

"CDU und CSU ziehen ihre Stärken aus dem gemeinsamen Handeln. Genauso wie in Europa können wir unsere Ziele in Deutschland nur erreichen, wenn wir an einem Strang ziehen. Wir wissen, Alleingänge führen nicht zu mehr Stabilität und Wohlstand. Deshalb wollen wir zum gemeinsamen Handeln der Union zurückzukehren" betont der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann.

"Genau wie CDU und CSU haben CDA und CSA das Ziel, das Beste für die Menschen in unserem Land zu erreichen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum, sichere Arbeitsplätze und auskömmliche Renten. Das schaffen wir nur zusammen", sagt der CSA-Vorsitzende Joachim Unterländer MdL.

"Rechtspopulistische nationalistische Kräfte sind überall in der EU auf dem Vormarsch und gefährden das geeinte Europa. CDU und CSU als die Europa-Parteien in Deutschland stehen vereint gegen diese Entwicklung.

Für uns ist klar: Wer Europa als politische und wirtschaftliche Gemeinschaft schwächen will, der gefährdet den Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gerade hier in Deutschland. Unsere wirtschaftliche Stärke beruht ganz wesentlich auf einem gemeinsamen Wirtschafts- und Rechtsraum", bekräftigen beide Vorsitzenden auf der gemeinsamen Vorstandssitzung der Vereinigungen.





Ausgabe Juni/Juli 2018 Seite 2 von 6

CSU

In der Arbeitnehmergruppe:

Bundestagspräsident a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Dr. Norbert Lammert

Uwe Schummer, Vorsitzender unserer Arbeitnehmergruppe, eröffnete die Sitzung: Mit Aussagen wie "Die Europäische Union muss sterben, damit Deutschland leben kann" positioniere sich die AfD eindeutig und führe einen politischen Kulturkampf, so Schummer. Um diesem entgegenzutreten sei politische Bildung und in diesem Rahmen besonders die Arbeit der politischen Stiftungen unerlässlich.

"Ich bin gerne hier in der Arbeitnehmergruppe und fühle mich hier beinah wie zuhause", begrüßte Lammert die Anwesenden.



Zunächst machte er darauf aufmerksam, dass Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit eben keine unvorbelastete Politik führen könne und eine besondere Verantwortung trägt.

"Heute ist der 05.06. und wir erinnern uns an zwei besondere Ereignisse an diesem Tag:"

1947: Der amerikanische Außenminister George C. Marshall verkündet ein Aufbauprogramm für Europa ("Marshall-Plan").

und 1975: Das Referendum in Großbrittanien über den Verbleib in der EEG.

In jüngster Vergangenheit zeichnet sich das transatlantische Verhältnis nun leider durch Anspannungen aus. Der Brexit ist erfolgt und wird starke Veränderungen für das Vereinigte Königreich mit sich ziehen. Lammert spricht von unerfreulichen Perspektiven.

Die Konrad Adenuer Stiftung ist weltweit vernetzt. Mit rund 10.000 Veranstaltungen sowie über 400 Publikationen pro Jahr betreibt die Stiftung politische Aufklärung in und außerhalb Deutschlands. Norbert Lammert ist es dabei ein besonderes Anliegen, dass Qualität über Quantität geht.

Unter dem Thema Soziale Marktwirtschaft hat die Konrad-Adenauer-Stiftung neben zahlreichen Veranstaltungen und Veröffentlichungen auch Gesprächskreise gebildet, in welchen allgemeine ökonomische Entwicklung unter der Prämisse "Was bedeutet das für Arbeitnehmer?" betrachtet und arbeitnehmerrelevante Fragen diskutiert werden. In der Sitzung der Arbeitnehmergruppe wurde konkret die Forderung nach Intensivierung der arbeitnehmerpolitischen Arbeit der Stiftung formuliert.



Zum Umgang mit der AfD stellte Norbert Lammer klar:

Es gibt nicht die Standardformel für richtigen Umgang, er hängt von den Gegebenheiten ab. Wie sich in den letzten Wochen abzeichnete, sind die Provokationen nicht durch Ordnungsmaßnahmen in den Griff zu kriegen. Diese werden beinah wie Tapferkeitsmedaillen getragen und in den Sozialen Medien gefeiert. Eine moralische Vorführung sei einer förmlichen Sanktionierung daher vorzuziehen. Eskalation bringt nichts: Wir wollen uns weniger ablenken lassen und mehr für die Menschen umsetzen.

In der Arbeitnehmergruppe: Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble



Unser Bundestagspräsident Dr. Schäuble stattete referierte in der Arbeitnehmergruppe zu aktuellen politische Problematiken.

Zunächst sein Herzensanliegen: Die Wahlrechtsreform. Mit nun über 700 Abgeordneten ist der Deutsche Bundestag an den Grenzen seiner Arbeitsfähigkeit. Ein Mehr an Abgeordneten heißt nicht zwangsläufig ein Mehr an Qualität.

Schäuble betonte zunächst die hohe Akzeptanz des Wahlrechts in der Bevölkerung. Das Personalisierte Verhältniswahlrecht versucht durch Wahl- und Listenmandate eine

möglichst gute Repräsentation der Wähler zu erreichen. Für dieses Verfahren besteht in der Bevölkerung ein breiter Konsens. Seit der letzten Bundestagswahl haben wir aber nun die Situation, dass es im Deutschen Bundestag mehr Abgeordnete gibt, die über ihre Landesliste in den Bundestag eingezogen sind, als Abgeordnete, die einen Wahlkreis repräsentieren- und es könnten nach der nächsten Bundestagswahl noch mehr werden.

Daher versuchten die Parteien bereits in der letzten Wahlperiode, eine Wahlrechtsreform im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit des Parlaments umzusetzen. Die Präsidiumsmitglieder waren sich einig, dass Entscheidungen so zu treffen sind, dass sie gerichtsfähig sind. Von den Listenmandaten profitieren alle Parteien. Es wird weiterhin daran gearbeitet, dass man diese Wahlperiode zu einem konstruktiven Ergebnis kommt. Es ist zu offen, dass alle Parteien in dieser Sache an einem Strang ziehen werden.

Hintergründe zur Unterbrechung der angeblichen Gedenkminute: Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth brach eine durch die AfD inszenierte angebliche Schweigeminute für die ermodete Susanna. Es folgten schlimmste Beleidigungen und Morddrohungen gegen die stellvertretende Bundestagspräsidentin. In Wahrheit hatte sie richtig gehandelt: Die AfD hatte diese Situation für eine Provokation genutzt und damit gegen die Geschäftsordnung des Bundestags verstoßen. Den tragischen Tod einer jungen Frau auf diese Weise zu instrumentalisieren entbehrt jeglichem Anstand. Achtsamkeit in der politischen Rhetorik, respektvolles Auftreten und Würde sollten das Haus prägen.

Wie kann man dem Vorgehen der AfD entgegentreten? Wolfgang Schäuble schlägt folgendes vor:

- 1. Kein verbales Aufrüsten: Es nimmt den Rechten nicht den Wind aus den Segeln und treibt die Wählerschaft nur in die Arme des "Originals"
- 2. Probleme bestmöglich lösen ohne falsche Versprechungen
- 3. Nicht auf Provokationen einlassen: "Beste Achtung Missachtung"
- 4. Politische Auseinandersetzung unabdingbar: Mit Argumenten und Leistung entgegentreten
- 5. Die AfD wurde vom Volk gewählt: Wir waren also nicht gut genug. Arbeiten wir mehr an uns selbst und was wir für die Bürger leisten!
- 6. Weniger interner Streit stattdessen Freiheit, Dynamik und Regeln: "So lange wir streiten glauben die Menschen uns nicht, dass wir tun, was wir sagen, dass wir tun könnten"
- 7. Uns der Modernität nicht verweigern!
- 8. "Wir müssen Dinge mit Vernunft schaffen"





In der Arbeitnehmergruppe:

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn MdB

Auch unser Gesundheitsminister Jens Spahn stellte zunächst heraus: Es gibt Erfolge und es gilt, diese besser herauszustellen. Der deutsche Staat hat Gestaltungsspielraum für umfassende Reformen, die nun angegangen werden.

Wir befinden uns in einer massiven Vertrauenskrise in der Pflege. Die Pflegenden erwarten spürbare Verbesserungen: "Nur durch konkrete Taten gewinnt man Vertrauen zurück."

Die Ansage durch den Gesundheitsminister an die Krankenhäuser: jede neue Stelle in der Pflege wird voll finanziert.



Das Sofortprogramm "Pflege" kommt und umfangreicher als im Koalitionsvertrag festgehalten: Bei 13.000 Altenpflegeeinrichtungen werden nun 13.000 neue Stellen geschaffen. 5.000 mehr als zunächst, als Erstmaßnahme, angedacht. Weitere werden folgen.

Weitere Problemfelder, die der Minister aktiv angehen will:

- 1. Viele private Träger von Pflegeeinrichtungen haben tarifliche Probleme. Sie brauchen Unterstützung, um ihre Pflegekräfte zukünftig angemessener zu vergüten.
- 2. Ambulante Versorgung: Wie lange warte ich auf einen Facharzttermin? Für viele Bürger ist die Antwort ganz klar: zu lang. Hier will der Minister ansetzen.
- 3. Die Apotheken: In der letzten Wahlperiode erhielten wir als Abgeordnete zahlreiche Zuschriften zum Thema Versandhandel. Viele Menschen sind auf diese angewiesen. Aber: Um eine flächendeckende Versorgung und fachliche Beratung zu garantieren, braucht es die Apotheken vor Ort.
- 3. Akademisierung in der Pflege bietet Karrierechancen, ist aber begrenzt. Die Vollakademisierung in der Pflege ist kein Ziel.
- 4. Bundesfreiwilligendienst: Durch die Aussetzung der Wehrpflicht und damit einhergehend die sehr niedrige Zahl an jungen Menschen, die sich freiwillig über einen längere Zeitraum im sozialen Bereich engagieren,
- 5. Digitalisierung und Telematikinfrastruktur: Die Digitalisierung und eine allgemein bessere Vernetzung birgt auch im Gesundheitsbereich ungemeines Potential.



Gesundheitsminister Spahn hat sich mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Familienministerin Franziska Giffey über die Parteigrenzen hinweg zusammengeschlossen, um den Pflegenotstand zu bekämpfen. Hier könnte eine gute Bezahlung kombiniert mit einer klugen Einwanderungsstrategie der Schlüssel sein:

Innerhalb eines Jahres wird ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht werden. 50.000 neue Stellen in der Pflege sind das Ziel. Ein Kraftakt für den es sich einzutreten lohnt.

Ausgabe Juni/Juli 2018 Seite 5 von 6



Ergebnis Koalitionsausschuss 26.06.2018

Der Koalitionsausschuss konnte sich im Juni "Schaffung von Wohnraum"

Angesichts des großen Bedarfs an Wohnraum wollen wir einen schnell wirksamen Impuls für die Eigentumsbildung von Familien setzen. Wir werden für den Ersterwerb von Neubau und Bestand im Zeitraum ab 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind und Jahr einführen, das für einen Zeitraum von 10 Jahren gewährt wird. Das Baukindergeld wird flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gewährt.

Darüber hinaus werden wir für Maßnahmen ab 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 die Abschreibungsbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau wie im Koalitionsvertrag vorgesehen zusätzlich zur linearen Abschreibung um 5 % p. a. für vier Jahre erhöhen, um auch steuerliche Anreize für den Wohnungsbau zu setzen.

Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus werden wir über die im Koalitionsvertrag bis 2021 bereits vorgesehenen 2 Mrd. Euro in 2019 weitere 500 Mio. Euro bereitstellen.

Die Städtebauförderung wird im Bundeshaushalt ab 2019 auf dem Niveau des Jahres 2018 stabilisiert.

"Es jetzt geht gemeinsame Lösungen, die tragfähig und nachhaltig sind. Dazu gehört abgestimmtes europäisches aber Vorgehen, auch Maßnahmen eigener nationaler Verantwortung. Ein fortgesetzter **Streit** dagegen hilft niemandem."

Volker Ullrich



Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts



Dr. Volker Ullrich MdB

Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227-73199 Fax: 030 227-76198 volker.ullrich@bundestag.de



Wahlkreisbüro Dr. Volker Ullrich MdB

Heilig-Kreuz-Straße 24 86152 Augsburg Telefon: 0821 5047 9440 Fax: 0821 5047 9441 volker.ullrich@bundestag.de

www.volker-ullrich.de



Ausgabe Juni/Juli 2018